

Eine längst fällige Neuerung in der europäischen Gewerkschaftsbewegung

Wenn Millionen dem Ruf des Europäischen Gewerkschaftsbundes (EGB) folgen und am gleichen Tag entweder an massiven mehrstündigen Streiks (Italien, Griechenland, Belgien) und gar an 24stündigen Generalstreiks (Spanien, Portugal!) oder Großdemonstrationen teilnehmen, müssen wir von einem historischen Tag sprechen: Dem ersten gemeinsamen europäischen Streik- und Aktionstag. Auch rein zahlenmäßig war es ein Erfolg.



Auftakt zu mehr?

Mit wachsender Erwerbslosigkeit breitet sich in Europa die Armut aus – immer öfter sogar in Vollzeitstellen. Menschen verlieren ihr Zuhause, die öffentliche Daseinsvorsorge wird privatisiert, Löhne werden abgesenkt, Sozialleistungen zusammengestrichen. Vor diesem Hintergrund ist zu verstehen, dass die Stimmung in vielen Ländern Europas hoch explosiv ist.

Ob es tatsächlich ein „Auftakt“ zu einer europaweiten, neuen radikalen Protestbewegung gegen die Krisen-Abwägungspolitik der Herrschenden gewesen ist, wird sich noch herausstellen müssen. Zu deutlich war, dass auch die südeuropäischen Gewerkschaftsführungen nach wie vor geneigt sind, es bei einmaligen europäischen Aktionen zu belassen, um erst mal Dampf abzulassen.

Auffällig war die breite Beteiligung von prekär Beschäftigten in all diesen Ländern. Viele der heutigen Arbeitsverhältnisse sind prekär, aber die Betroffenen organisieren sich zunehmend, oftmals in ganz neuer Weise. Deutlich sichtbar war auch die aktive Beteiligung unterschiedlicher sozialer Bewegungen.



Unterschiedliche Beteiligung in europäischen Ländern

Augenfällig ist, dass die Beteiligung der Länder des nördlichen Teils Europas (außer Belgien) äußerst gering ausgefallen ist. Sogar die Proteste und Streiks der geübten französischen ArbeiterInnenbewegung waren diesmal nicht an vorderster Front. Zwar gab es Demonstrationen, aber von den Zahlen und vom Umfang her kam es an vergangene Proteste nicht heran. In Finnland, Irland, den baltischen Staaten, den Niederlanden, Polen, Tschechien, Slowakei, Österreich und vor allem im europäischen Schwergewicht Deutschland, war von einer „breiten Protestbewegung der Gewerkschaften“ nichts zu bemerken.

Aktionen in Deutschland

In Deutschland entwickelte sich nach dem Beschluss des EGBs (auf Druck vor allem der portugiesischen und spanischen Gewerkschaften) folgendes Szenario: Zunächst war der DGB erst mal erschrocken und sagte zu diesem Termin nichts. Nach ersten Protesten zog DGB-Chef Sommer nach und rief seine Einzelgewerkschaften zu

Aktionen am 14. November auf. Zeitgleich distanzierte sich der Vorsitzende der weltweit größten Einzelgewerkschaft, der IG-Metall, Bertold Huber, in mehreren skandalösen Interviews von dem Vorhaben „14 N“. Ver.di war mal wieder hin- und hergerissen: Sollte sie aufrufen oder nicht?

Je nach dem, wie der Druck von gewerkschaftlich unabhängigen Kräften vor Ort ausfiel, (Reste der Occupy-Bewegung, Attac, einzelnen linken und revolutionären Gruppierungen, aber auch von linken und aktiven gewerkschaftlichen Kräften) beteiligten sich ver.di und IG-Metall mit RednerInnen an den Kundgebungen oder/und Demonstrationen. Eine breite Mobilisierung in den Betrieben und Büros war weder bei Verdi noch bei der IG-Metall festzustellen.

Schauen wir uns überdies den allgemeinen Kurs der im DGB vereinigten Einzelgewerkschaften der letzten Jahren an, so ist klar: Die DGB Gewerkschaften sind heute die großen Bremser und das Schwanzende der europäischen Gewerkschaftsbewegung.

Erstaunlich war deshalb, wie es trotzdem in einigen Städten in Deutschland gelang, über die politisch bunt zusammen gewürfelten Aktionseinheiten und Initiativen doch einen gewissen Druck auf den DGB oder in bestimmten Fällen auch auf Einzelgewerkschaften, auszuüben. Zumindest konnte so erreicht werden, dass teilweise zur Teilnahme an örtlichen Kundgebungen und Demonstrationen aufgerufen wurde. Immerhin gelang es, dass an mehr als 30 Orten kleinere bis mittelgroße Kundgebungen und Demos stattfanden.

Bilanz und Ausblick

Insoweit fällt die Bilanz doch vergleichsweise erfolgreich aus. Und feststellbar ist auch, dass viele KollegInnen im Gegensatz zu manchen Gewerkschaftsführungen gewusst haben, was die derzeitige internationale Situation von uns verlangt: **internationale Solidarität!** So konnte auf der bundesweiten Vertrauensleutenkonferenz der IG Metall, die vom 15. bis 17. November stattfand, in der verabschiedeten Erklärung folgender Satz auf Intervention eines Vertrauensmannes ergänzt werden: „Dafür üben wir auch aktive Solidarität mit den kämpfenden Kolleginnen und Kollegen in den europäischen Nachbarländern!“

Um weitere europaweite Streiks erfolgreich durchzuführen, müssen sich kämpferische Gewerkschafter, linke Parteien und soziale Bewegungen besser vernetzen und gemeinsam den Kampf organisieren und führen. Ein Anfang wurde mit diesem Tag gemacht, weitere Proteste und Widerstandskaktionen sind notwendig, eine Gegenmacht muss aufgebaut werden, wollen wir erfolgreich die Macht des Kapitals zurückdrängen.

Christiaan Boissevain (Münchner Gewerkschaftslinken)

Weitere Infos über die Gewerkschaftslinken unter: www.labournet.de/GewLinke

Ergebnisse des Gewerkschaftspolitischen Ratschlags

Ca. 120 KollegInnen aus den verschiedensten Gewerkschaften, mehrheitlich aus IG Metall und ver.di, nahmen am Gewerkschaftspolitischen Ratschlag am 22./23. September in Frankfurt teil. Veranstaltet wurde der Ratschlag von der Initiative zur Vernetzung der Gewerkschaftslinken; Netzwerk für eine kämpferische und demokratische ver.di; ver.di Linke; LabourNet Germany; Redaktion express/AFP e.V.; AG Betrieb und Gewerkschaft der Linkspartei; Forum Gewerkschaften der Zeitschrift Sozialismus; DKP AG Betrieb und Gewerkschaft, ATIF und DIDF. Der Ratschlag stand unter dem Motto: „Solidarität statt Spaltung und Konkurrenz – wie die Stillhaltepolitik beenden?“ Ziel war der offene Austausch über die Einschätzung der aktuellen Situation und Absprachen für die weitere Zusammenarbeit aller linken Kräfte innerhalb der Gewerkschaften. Der Ratschlag wurde von den aufrufenden Organisationen gemeinsam vorbereitet. Die an dem Ratschlag beteiligten Organisationen, Arbeitsgemeinschaften und Netzwerke sprachen sich ausnahmslos dafür aus, ihre Zusammenarbeit zu intensivieren, Initiativen untereinander abzusprechen, um sie möglichst wirksam voranzubringen. Der Ratschlag wurde sowohl was die Teilnahme betraf, als auch Diskussion und Absprachen als großer Erfolg gewertet.

Auszüge aus der Erklärung des Gewerkschaftspolitischen Ratschlags

Die beim gewerkschaftspolitischen Ratschlag (22./23. Sept. 2012) in Frankfurt versammelten KollegInnen und Kollegen aus den verschiedenen DGB-Gewerkschaften haben sich mit den aktuellen Herausforderungen auseinandergesetzt, vor denen die Gewerkschaften in der Krise stehen. Gewerkschaften in der Krise in doppelter Bedeutung: Zum einen, weil es sich nicht nur um eine tiefgreifende Wirtschaftskrise handelt, es ist auch eine ökologische Krise, eine Ernährungskrise usw. Zum anderen, weil ganz unübersehbar die Gewerkschaften – auch in der Bundesrepublik – selbst in der Krise sind: Ihre faktische Gestaltungsmacht ist gesunken. Die Mitgliedsverluste der letzten 20 Jahre in den meisten Einzelgewerkschaften sind nicht gestoppt, geschweige denn wieder ausgeglichen.

Zweifellos gibt es objektive, gesellschaftliche Gründe, die zum Bedeutungsverlust beigetragen haben (Änderungen in der Zusammensetzung der ArbeiterInnenklasse, weniger Großbetriebe, Ausgliederungen von Betrieben usw.). Ganz wesentlich aber erscheint uns die seit Jahren praktizierte Politik des Stillhaltens, der Konfliktvermeidung und oft auch des Co-Managements. Die Gewerkschaften sind auf diese Weise sehr weit von einer Position der Gegenmacht abgerückt.

Dies erweist sich vor allem bei folgenden Fragen:

- In der Frage der Euro-Krise vermissen wir bei den Gewerkschaftsführungen eine klare Positionierung internationaler Solidarität mit den Kolleginnen und Kollegen in den südeuropäischen Ländern, die unter der grausamen Sparpolitik der Troika leiden. Stattdessen haben die Gewerkschaftsführungen sogar an die Bundestagsabgeordneten appelliert, dem Stabilitätspakt zuzustimmen, der genau diese Politik fortsetzt und verschärft. Das halten wir für skandalös. Wir engagieren uns für eine breite internationale Solidaritäts- und Widerstandsbewegung gegen die Politik der Troika ein und werden uns dafür einsetzen, dass europaweite Aktionstage auch hier eine breite Beteiligung erfahren.
- Wir begreifen prekäre Beschäftigung als Herausforderung an alle GewerkschafterInnen. Sie ist eine Bedrohung und ein Druckmittel auf alle Beschäftigten. Speziell die Leiharbeit müsste unmöglich gemacht werden, was mit Bezug auf den Grundsatz „Equal pay and equal treatment“ (gleicher Lohn und gleiche Behandlung für gleichwertige Arbeit) eigentlich leicht zu machen wäre. Aber die Gewerkschaften haben ihre Unterschrift unter Leiharbeitsverträge gesetzt, was diesen Grundsatz unterläuft und den Kampf der Gewerkschaften gegen Billiglöhne und Leiharbeit politisch völlig unglaubwürdig macht. Wir machen uns für die Abschaffung der Leiharbeit stark.
- Wir setzen uns dafür ein, den fortgesetzten Reallohnabbau zu stoppen und die Verteilungsfrage neu zu stellen. Wir erwarten dies auch von unseren Gewerkschaftsvorständen. Allerdings haben Ver.di und IG Metall es auch dieses Jahr versäumt, ihre Tarifrunden offensiv zu führen, miteinander zu verschränken und zu einer politischen Auseinandersetzung zu machen. Wir engagieren uns für eine aktive Tarifpolitik und wollen Armut und Reichtum zum Thema der gesellschaftlichen Auseinandersetzung machen. Dabei scheuen wir uns auch nicht, die Systemfrage zu stellen.
- Wir betrachten die Arbeitszeitverkürzung als ein zentrales, wenn nicht das zentrale Instrument im Kampf gegen Erwerbslosigkeit und Unterbeschäftigung und erwarten eine solche Haltung auch von den Gewerkschaftsführungen. Wir sind uns bewusst, dass es keine einfache Aufgabe ist, aber wir setzen uns dafür ein, den Kampf für Arbeitszeitverkürzung in großen Schritten bei vollem Personal- und Entgeltausgleich wieder aufzunehmen und wollen entsprechende Initiativen in den Gewerkschaften vorantreiben. Nur über eine massive Arbeitszeitverkürzung und die dadurch zu erzwingende Neueinstellung von Erwerbslosen können die gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse nachhaltig verändert werden.
- Das Streikrecht ist bedroht, u. a. durch die Aktivitäten des Kapitalverbandes BDA, der dies durch Gesetzesänderungen massiv einschränken will. Hier darf keine Gewerkschaft mitspielen! Und: Wegducken hilft nicht. Vor allem das politische Streikrecht wird in Zukunft immer wichtiger werden und wir werden es nur dann durchsetzen, wenn wir das Streikrecht praktisch in Anspruch nehmen, also nicht Streiks vermeiden, sondern so oft und so intensiv wie möglich auch real wahrnehmen.
- Die Gewerkschaften müssen sich mehr der Jugend öffnen und sich flexibler zeigen, um sie zum aktiven Engagement zu ermutigen.

Wir laden alle Gruppen, Organisationen und einzelnen KollegInnen, die sich als kritische, linke GewerkschafterInnen verstehen, ein, sich mit uns in Verbindung zu setzen und mit uns gemeinsam ein breites Netzwerk aktiver GewerkschafterInnen aufzubauen, um gegen die vorherrschende Stillhaltepolitik einer Politik aktiver Gegenmacht zum Durchbruch zu verhelfen.

Weitere Infos unter: <http://www.labournet.de/GewLinke/>

Das Dilemma „rätekommunistischer“ RGO-Politik

Nach dem *Gewerkschaftspolitischen Ratschlag* vom 22./23. September 2012 veröffentlichte die *Strike-Redaktion* einen sehr kritischen Artikel, der danach auch im Labournet verlinkt wurde. Zu den wesentlichen Differenzen soll hier kurz Stellung genommen werden.

Die *Strike-Redaktion* schreibt:

Denn die „Grundsatzdebatte“, die da mit einem „Gewerkschaftspolitischen Ratschlag“ ausgelöst werden soll, bezieht sich in erster Linie darauf, den sozialdemokratisch-christlichdemokratischen Einheitsgewerkschaften die Notwendigkeit einer Arbeitszeitverkürzung mitzuteilen, damit „die gerechtere Verteilung von Arbeit“ und „die Schaffung von Räumen und Zeit für andere Formen demokratischer Beteiligung“ möglich werden können.

Wir wollen klarstellen: Die Gewerkschaftslinken (jedenfalls soweit sie in der *Initiative zur Vernetzung der Gewerkschaftslinken* vertreten ist) will nicht „den“ Gewerkschaften beispielsweise die „Notwendigkeit der Arbeitszeitverkürzung“ näher bringen. Denn den völlig in das kapitalistische System integrierten Gewerkschaftsvorständen können wir nichts nahelegen, wir können sie nicht überzeugen. Es wäre eine völlige Illusion.

Aber wir kämpfen in der Tat dafür, dass in den Gewerkschaften eine andere Politik zum Durchbruch kommt, dass mit der bisher praktizierten Klassenzusammenarbeit radikal gebrochen wird und sich die Gewerkschaften als Kampforganisationen zur Verteidigung der Klasseninteressen (der unmittelbaren wie auch der historischen) verstehen.

Mensch kann auch den ganz anderen Schluss der Notwendigkeit zur Veränderung der Gewerkschaften ziehen. Auch zu Marx' Zeiten waren die Gewerkschaften alles andere als revolutionär. Aber das hinderte diesen Pionier der modernen kommunistischen Bewegung nicht daran, zeitlebens sich für eine Änderung der Politik der vorhandenen Gewerkschaften einzusetzen. Wofür er dabei eintrat hat er beispielsweise in „Lohn, Preis, Profit“ so dargelegt:

Gewerkschaften tun gute Dienste als Sammelpunkte des Widerstands gegen die Gewalttaten des Kapitals. Sie verfehlen ihren Zweck zum Teil, sobald sie von ihrer Macht einen unsachgemäßen Gebrauch machen. Sie verfehlen ihren Zweck gänzlich, sobald sie sich darauf beschränken, einen Kleinkrieg gegen die Wirkungen des bestehenden Systems zu führen, statt gleichzeitig zu versuchen, es zu ändern, statt ihre organisierten Kräfte zu gebrauchen als einen Hebel zur schließlichen Befreiung der Arbeiterklasse, d. h. zur endgültigen Abschaffung des Lohnsystems. (MEW Bd. 16, S. 152)

Dies sind einige Auszüge aus dem NWI extra zum gewerkschaftspolitischen Ratschlag. In diesem Extra haben wir uns ausführlich mit den Grundpositionen des Artikels der Strike-Redaktion auseinandergesetzt, da auch andere Organisationen, die in den Gewerkschaften arbeiten, solche Positionen vertreten.

Jakob Schäfer, Forum gewerkschaftliche Gegenmacht, Wiesbaden

Netzwerk-Info  **Gewerkschaftslinken**

Extra zum gewerkschaftspolitischen Ratschlag

Das Dilemma „rätekommunistischer“ RGO-Politik

Das NWI extra finden Sie unter:

<http://www.labournet.de/GewLinke/disk/info/ratschlag12rgo.pdf>

Tarifverträge in Europa verlieren an Bedeutung

Die Tarifbindung in den europäischen Ländern ist sehr unterschiedlich, aber im Vergleich zur restlichen Welt relativ hoch. Die Spannbreite reicht von 95% in Österreich, über 80 bis 90% in einigen westeuropäischen Ländern, zu denen bislang auch Spanien, Portugal und Frankreich zählten, bis 70% in Griechenland und 60% in Deutschland. Zu den Schlusslichtern gehören mit einem Anteil von 10 bis 20 % viele mittel- und osteuropäische Länder. In allen anderen Weltregionen ist die Tarifbindung deutlich niedriger. In den USA liegt der Prozentsatz zwischen 10 und 15%, in Australien und Neuseeland nur geringfügig höher. In Japan werden Kollektivverträge fast ausschließlich auf Unternehmensebene und dezentral festgelegt. Selbiges Muster gilt für Korea und einige andere südostasiatischen Länder. In China gibt es so gut wie keine frei ausgehandelten Kollektivverträge. Im Schnitt sind in Europa also insgesamt zwei Drittel aller Beschäftigten durch Kollektivverträge geschützt. Dies ist eine Besonderheit und bedeutet für die abhängig Beschäftigten eine gute Absicherung des Entgelts und der Arbeitsbedingungen. Im Rahmen der Troika-Programme soll diese hohe Tarifbindung abgesenkt und zerschlagen werden. Von den europäischen Regierungen und der Kapitaleseite wird ein grundlegender Umbau des Tarifvertragssystems angestrebt. **Dies gilt es gemeinsam zu verhindern.**

Streik bei Neupack für einen Tarifvertrag

Seit vielen Wochen streiken die KollegInnen bei Neupack in Hamburg für einen Tarifvertrag. Doch die Besitzer, die Krüger family, verweigern der IG BCE Verhandlungen und damit einen Tarifvertrag. Sie wollen nur mit dem Betriebsrat verhandeln, weil sie sich "grundsätzlich gegen einen Tarifvertrag" entschieden haben, weil er den "Interessen von Neupack mit einem starren Entlohnungssystem nicht hinreichend Rechnung trägt". In Betriebsvereinbarungen und individuellen Arbeitsverträgen sollen ihre Vorstellungen realisiert werden. Ihr Ziel ist also Individualisierung. Das steht gegen Kollektivität. Ihre Taktik ist klar, sie setzen auf Zeit, die Streikenden sollen zu Kreuze kriechen, eine andere Vorstellung kommt ihnen nicht in den Sinn. Das wiederum kommt den Streikenden nicht in den Sinn. Sie sind auf den Geschmack gekommen: Streiken ist schöner! Und es geht um ihren Stolz.

Aber die Krügers wollen weiterhin Untertanen, die auf gleiche Bezahlung für gleiche Arbeit verzichten, die hinnehmen, dass ein Maschinenführer 1400 € kriegt, der andere 5000 €, dass eine Packerin 8,20 € verdient, die andere 15 €, dass ihnen Krankheitszeiten vom Lohn abgezogen werden, dass etliche von ihnen zehn Jahre lang keine Lohnerhöhung erhalten, dass etliche von ihnen als AufstockerInnen Hartz IV beantragen. Für die IG BCE ist dies der erste Streik seit 1971. Ist dieser Kampf bei Neupack ein Tabubruch, der ausstrahlt und Hoffnung für viele KollegInnen gibt?

Weitere Infos unter:

<http://www.labournet.de/branchen/sonstige/verpackungen>

Europäisches Strategietreffen Firenze 10+10: Mobilisierungsfahrplan beschlossen

Mehr als 4000 Aktivistinnen und Aktivisten von 300 Netzwerken und Organisationen aus 28 Ländern aus allen Teilen Europas haben auf dem europäischen Strategietreffen Firenze (8. bis 11. November) beschlossen, europaweit zum Generalstreik in mehreren Ländern am 14. November, zum EU-Frühlingsgipfel im März in Brüssel sowie zu einem großen Alternativengipfel Anfang Juni in Athen zu mobilisieren.

Das Treffen im November fand zehn Jahre nach dem ersten europäischen Sozialforum wieder wie damals in der Fortezza da Basso in Florenz statt. Wichtige gemeinsame Forderungen waren in Florenz unter anderem der Stopp der Austeritätspolitik, die Streichung illegitimer Schulden und eine Umverteilung des gesellschaftlichen Reichtums von oben nach unten. Über 100 Treffen fanden statt und viele neue Netzwerke und Kampagnen wurden gestartet. Auf dem Treffen entstanden ein Aufruf zu gemeinsamem Handeln und der Vorschlag für einen gemeinsamen Weg dorthin.



Aus dem Aufruf:

Die Kräfte bündeln für ein gemeinsames Europa – Unsere Demokratie statt ihre Austerität

Bei der Veranstaltung Florenz 10+10 haben sich NGOs und soziale Bewegungen, Gewerkschaften und BürgerInnen getroffen, die sich gegen Austerität und Schulden, für natürliche und soziale Gemeingüter, für soziale und Arbeitsrechte, für Demokratie, globale Gerechtigkeit und Frieden, für Genderangelegenheiten und für die Rechte von MigrantInnen engagieren.

Wir rufen zu einer permanenten europäischen Mobilisierung auf, um die Kämpfe gegen die Krise zu unterstützen und eine Zukunft für jeden in Europa und der Welt aufzubauen. Diese Mobilisierung wird sowohl gemeinsame als auch dezentrale Aktionen beinhalten.

Die erste Initiative, die uns bei der Schaffung gemeinsamer europäischer Handlungsfähigkeit zusammenführt, sind die Generalstreiks und Aktionen gegen Austerität in vielen Ländern Europas am 14. November.

Wir schlagen einen gemeinsamen Aktionstag aus Anlass des Europäischen Frühjahrsgipfels vor, der am 23. März in Brüssel stattfinden wird. Format und endgültiger Aufruf für diese gemeinsame Mobilisierung wird in den folgenden Monaten in einem offenen und teilnahmefreundlichen Prozess diskutiert und festgelegt. [...]

Weitere Informationen unter:

<http://www.firenze1010.eu/>

Konferenz: Erneuerung durch Streik

Erfahrungen mit einer aktivierenden und demokratischen Streikkultur

Der ver.di-Bezirk Stuttgart organisiert unter diesem Titel zusammen mit der Rosa-Luxemburg-Stiftung vom 1. März bis 3. März 2013 eine bundesweite Konferenz im Gewerkschaftshaus Stuttgart.

Neue Streikbewegungen mit selbstbewussten Streikaktiven sind entstanden. Beim Streik in der Gebäudereinigung wurden die Reinigungskräfte erstmals sichtbar. Es gab beeindruckende Streiks im Einzelhandel und bei den Erzieherinnen und Erziehern, länger anhaltende firmenbezogene Streiks wie bei Gate Gourmet, der Vacuumschmelze Hanau oder der Charité in Berlin. In einigen Bereichen sind die Streiks weiblicher geworden und oft haben Migrantinnen und Migranten darin eine wichtige Rolle.

Häufig stehen neue Themen auf der Tagesordnung. Die Beschäftigten der Metallindustrie haben für die Regulierung der Leiharbeit und die Übernahme der Auszubildenden gekämpft. Immer wieder streiken Kolleginnen und Kollegen gegen Betriebsschließungen und für Sozialtarifverträge.

Gleichzeitig haben sich auch Formen und Methoden geändert. In vielen Bereichen ist eine neue, demokratischere Streikkultur entstanden.

Bisher wird viel zu wenig über das eigentliche Druck- und Machtmittel des gewerkschaftlichen Kampfes, den Streik, diskutiert. Es ist höchste Zeit, die gewerkschaftlichen Erfahrungen der letzten Jahre zusammenzutragen und auszutauschen. Wir wollen voneinander lernen und gemeinsam diskutieren, welche Elemente positiver Entwicklungen verallgemeinerbar und zukunftsfähig sind.

Weitere Infos unter:

<http://www.rosalux.de/event/46538/erneuerung-durch-streik.html>

Impressum:

Sekretariat – Initiative zur Vernetzung der Gewerkschaftslinken
Hans Kroha – Klaus Peter Löwen – Christa Hourani – Christiaan Boissevain

Tel: 06182/782306

E-Mail: HKroha@t-online.de

Redaktionsschluss: 6. Dezember 2012

